

Hallische Zeitung

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Intentionsgeschäften für die künftige Session... Reichlam am Schluß der redactionellen Thelle pro Seite 40 Pf.

Nummer 48.

Dalle, Sonnabend, 26. Februar 1887 (Ausgegeben am 25. Februar Vormittags.)

179. Jahrgang.

Zur ersten Ausgabe gehört als Beilage der illustrierte Roman von Ottomar Beta „Im Weltbrande“ S. 197-200.

Für den Monat März werden Abonnements auf die

Hallische Zeitung

zum Preise von nur 1 Mark für Halle bei der Expedition G. Wärfstraße 11 und den bekannten Ausgabestellen; für Auswärts bei sämtlichen Kaiserl. Postanstalten und von den Landbriefträgern entgegengenommen.

Neu hinzutretende Abonnenten, falls sie nur auf den Monat März abonnieren, erhalten unsere Zeitung vom Tage der Bestellung an bis zum 1. März gratis geliefert; falls sie sich bereits jetzt schriftlich verpflichten, die Hallische Zeitung das nächste Quartal (1. April bis 30. Juni) zu halten, empfangen sie dieselbe vom Tage der Bestellung an bis zum 1. April gratis!!!

Für das Roman-Feuilleton haben wir den neuesten Roman des rühmlichst bekannten Berliner Romanchriftstellers Herman Heiberg, sowie einen äußerst spannenden Roman von Reinhold Dittmann erworben.

Probe-Art. stehen gratis und franco auf Verlangen zu Diensten.

Die Expedition der Hallischen Zeitung.

Dalle, den 5. Februar.

Hallische Mittheilungen.

* Der Kaiser ließ sich gestern Vormittag einige mit dem neuen Infanterieregiment ausgerüstete Mannschaften vorstellen und arbeitete mit dem Chef des Militärkabinetts. Später konferirte der Monarch mit dem Kriegsminister und unternahm vor dem Diner wieder eine Ausrüstung.

* Das Abgeordnetenhaus erledigte gestern den Cultusetat; die Verhandlung bot nichts von besonderem Interesse. Einige kleine Gesetzentwürfe wurden theils angenommen, theils in eine Kommission verwiesen. Die Tagesordnung war nach zweifelhafter Beratung erschöpft. Morgen, Abendung der Kreisbeitragung in Hofen und Westpreußen, Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland.

* Dem Bundesrath ist der Etatsentwurf pro 1887/88 bereits zugegangen. Derselbe ergibt, was die Aufwiedung in den Schlusssummen anlangt, daß jetzt die Ausgaben auf 746882646 A statt 746888121 A ermittelt sind; demgemäß sind auch die Matricularbeiträge um 5475 A niedriger angelegt. Unter diesen Umständen ist es sehr wohl möglich, den Etat bis zum 31. März fertig zu stellen. Der Reichstag wird den Etat und die Matricularbeiträge bei seinem Zusammentritt erhalten.

* Der heutige Reichsanzeiger veröffentlicht nachstehende Allerhöchste Erordnungen, betreffend die Bereidigung der katholischen Bischöfe (Erzbischöfe, Fürstbischöfe) in der preussischen Monarchie. Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc., verordnen, unter Aufhebung der Verordnung vom 6. December 1873, was folgt:

Einiger Paragraphen.

Die katholischen Bischöfe (Erzbischöfe, Fürstbischöfe) haben Uns folgenden Eid zu leisten:

Ich N. N. ermahne und heiligster Bischof (Erzbischof) von N., schweure einen Eid zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden auf das heilige Evangelium, daß, nachdem ich auf den bischöflichen Stuhl von N. erhoben worden bin, ich S. Königlichen Majestät von Preußen (S.) und Allerhöchstdieselben rechtmäßigen Nachfolger der Regierung als meinen Allmächtigen Herrn König und Landesherren unterthänig, treu, gehoramt und ergeben sein, Allerhöchstderselben Befehl nach meinem Vermögen befehlen, Schäden und Nachtheil aber verhüten und besonders dahin streben will, daß in meiner Diocese oder andernwo Anschläge gemacht werden, die zum Nachtheil des Staates gereichen könnten, hiervon Sr. Königlichen Majestät Anzeige machen. Ich verpflichte, dieses Alles um so unverrücklicher zu halten, als ich gewiß bin, daß ich mich durch den Eid, welchen ich meiner Königlichen Majestät und der Kirche geleistet habe, zu Nichtem verpflichte, was dem Eide der Treue und Unterthänigkeit gegen Sr. Königliche Majestät entgegen sein könnte. Alles dieses schwöre ich, lo wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium. Amen.

Urnlich unter Unserer Höchstseignadigen Unterthänigkeit und beigedrucktem Königlichen Insigne.

Wegeden Berlin, den 18. Februar 1887.

(L. S.) Wilhelm.

von Bisnard von Wittmann. Wobisch. Lucius. Fredeberg, von Wüthcher, von Goshier, von Scholz, Bronnart von Schellenborn.

* Nachdem die Lieferung der Radelplättchen für die neuen Banzappennistädte bereits vergeben ist, dürfte in Wälde mit der Ausprägung begonnen werden, so daß in einigen Wochen die ersten Banzappennistadelmünzen in den Verkehr gelangen werden.

* Die Vertretung der Seefahrer im neuen Reichstag könnte möglicherweise einen gar seltsamen Anblick bieten. Die Herren S. Wier und Wiermann, die einzigen wirklichen Seefahrer, Vertreter der See- und Handelsinteressen, sind in ihren Mandaten ernstlich bedroht. An ihre Stelle treten möglicherweise ein Schulmeister und ein Schneider, nachdem

Damburg bereits zur Vertretung seiner maritimen Interessen einen Drechsler in Dresden und einen Buchbinder in Stuttgart wählt. Viel wird auch vorgeschlagen, wieder durch einen Reichs-Vertheiler, Stüttin durch einen Redacteur, Danzig durch einen Eisenbahndirektor a. D. vertreten werden. Am Ende wird der Schiffsof, der in Stübchen in Stübchen steht, noch als der einzige im Reichstag erscheinen, der vom Seemannsstand vertritt. Bei solchen Ausstellungen kann man auf eine merkwürdige Vertretung der Seehandelsinteressen im Reichstag gefaßt sein.

* Die freireinige Presse gibt jetzt - natürlich nach den Wahlen - selbst zu, daß es sich bei der neulich von uns erwähnten Aufforderung des Magistrats von Oppeln nicht um das Tabakmonopol, sondern um eine Veranlagung zur Gewerbesteuer gehandelt hat. So zu lesen in Nr. 98 des „Berliner Tageblatt“ d. h. jenseits Organs, das zu allererst Feuer geschrien hatte.

* Das sozialdemokratische Central-Comitö ist mit der Wahl der Stichwahlen allgemein die Parole aus, für die Kandidaten der Oppositionsparteien zu stimmen. Darauf beruht jetzt die einzige Hoffnung der Deutschfreimüthigen, noch zu einer solchen Stärke zu gelangen, daß sie überhaupt wieder als Fraktion im Reichstag auftreten können. Man darf gespannt sein, ob die Deutschfreimüthigen („Liberale“) ihrerseits den Sozialdemokraten den entsprechenden Gegenstand leisten. Hier und da taucht doch auch im fortgeschrittenen Lager eine Ahnung auf, daß man durch die offene Kartell mit den Sozialdemokraten sich die letzten Sympathien im Bürgerland entfremden und einen höchst vererblichen Weg einschlagen werde.

Oesterreich. Landsturmvorlage. Das österreichische Abgeordnetenhaus hat die Landsturmcredit-Vorlage in zweiter und dritter Lesung unter lautem Beifall des Hauses einstimmig angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister für Landesvertheilung, Graf Belfersheim, die Regierung hege keinerlei kriegerische Absichten, sondern thue nur das, was in militärischer und politischer Beziehung unvermeidlich sei. Das politische Verhältniß sei nicht geändert; die Monarchie habe keine Ambitionen; sie wolle den Frieden; sie daher auch nach Kräft-N bedreit, denselben wahren zu können; sie verfolge auch keine Interessen, die mit denen anderer Staaten in Konflikt geraten könnten. Nicht nur die Gesinnung des Monarchen, sondern auch die Stimmung der Völker sei auf durchaus freundschaftliche Beziehungen gerichtet. Der Minister schließt, indem er nochmals auf den Wunsch hinweist, daß der Frieden erhalten bleibe, und indem er die Erwartung ausdrückt, es werde auch für Oesterreich das historische Wort gelten: „In Oesterreich ist jeder bereit, für das Vaterland seine Pflicht zu thun.“ (Beifall der Beifall.) Ferner erklärten sich die Abgeordneten Graf Kraus, Kraus, Menger, Rieger, Kreuzer, Piener und Graf Fohentwurf namens ihrer Gesinnungsgenossen sämtlich für die Vorlage. Der Graf Rieger legte jede Verantwortung ab für die im „Ruchst Mir“ enthaltenen ihm beigelegten deutschfeindlichen Äußerungen, es habe sich nur um eine Privatunterhaltung gehandelt und der Korrespondent des Blattes habe Manches aus Eigenem hinzugesagt. Redner verwarfte sich insbesondere gegen die Unterstellung, als habe er gesagt, jene Ansichten würden von den nachgebenden Kreisen Oesterreich getheilt und erklärte, er sei nur für die österreichische Politik und daher für jedes Bündniß, welches Oesterreichs Parteizeile gewähre, um den Frieden sichere und die Freiheit seiner Selbstbestimmung wahre.

Wie die „Wiener Zeitung“ meldet, ist der österreichische Generalkonsul Giller in Alexandrien, mit der Leitung des Generalkonsulats betraut worden.

Der ungarische Vizepräsident richtete an sämtliche Handelskammern einen Erlaß, worin er Auskunft verlangt, ob die verschiedenen Gewerbe vorbereitet sind, die Lieferung von Munition- und Ausrüstungsgegenständen zu übernehmen und bis zum Juni vollständig abzufertigen.

Frankreich. Die Feiertage zur Enthüllung der Statue Louis Blanc's, welche heute stattfand, wurde am Schluß durch Pfaffen und Schreien, sowie durch den Ruf: Es lebe die Anarchie! gelehrt. Ein Haufen Anarchisten suchte in den für das Publikum abgeschlossenen Raum einzudringen und getreut mit der Polizei, welche das Eindringen zu hindern suchte, ins Handrennen. Durch Vornahme mehrerer Verhaftungen stellte die Polizei die Ordnung wieder her.

Rußland. Der „Herald“ sagt mit Bezug auf die jüngsten Petersburger Werbungen der „Politischen Korrespondenz“ und des „Nord“ betreffend eine eventuelle Stellungnahme Rußlands zu einem deutsch-französischen Konflikt, diese Werbungen rührten aus einer gemeinsamen Quelle her und beruhten auf Irrthum. Zwischen dem offiziellen Deutschland und dem offiziellen Rußland befänden die denkbar herabstimmten Beziehungen. (Wurde doch sogar behauptet, Oiers selber sei Verfasser des von uns signierten Artikels des Wraßler offiziellen russischen Blattes „Le Nord“.)

Großbritannien. Die Morgenblätter besprechen nochmals die Ergebnisse der Wahlen zum deutschen Reichstage. Die „Times“ erwidert in der Wahl einer dem Septennate günstigen Mehrheit eine Würdigung des Friedens. Der „Standard“ sagt, man könne die Hoffnung hegen, daß ein der ersten Ergebnisse des Wahls die deutsche Regierung Bescheidigung der europäischen Besorgnisse sein werde.

Unterhaus. In Verantwortung einer Anfrage erklärt der erste Schahlord Smith, ein Verheiratheter derlei sei Seiten der Regierung nicht beabsichtigt. Das Haus trat darauf in die Einzelberatung der Vorlage über die Reform der Geschäftsordnung ein.

In dem Prozeß gegen Dillon und andere irische Deputirten wegen Theilnahme an einer ungesetzlichen Versammlung hat sich die Jury über einen Widerspruch nicht einigen können.

Italien. Die Kabinettskrisis ist noch nicht beendet. Depretis hat, wie gestern schon telegraphisch gemeldet, sein Mandat zur Bildung eines neuen Kabinetts zurückgegeben. Die „Opinione“ glaubt, Depretis werde dem Könige Nobilant als diejenige Persönlichkeit bezeichnen, welchem die Krone im Hinblick auf seine Autorität und weil er die Ministerkrisis durch seine Demission hervorgerufen habe, die Bildung eines neuen Kabinetts anvertrauen könne. Man kann schon die Wahrscheinlichkeit machen, daß das Scheitern der Kombination Depretis-Nobilant von jenen politischen Richtungen Italiens sympatisch begrüßt wird, die sich dem Zusammengehen des Königreichs mit den central-europäischen Kaiserreichen von jeder grundsätzlich abgeneigt erweisen haben. Es sind das dieselben Strebungen, die im Hinblick auf mögliche Eventualitäten der Zukunft nicht müde werden, ihren Landsleuten die Vortheile einer „Politik der freien Hand“ anzuzeigen, in erster Linie die republikanischen Elemente, denen aus naheliegenden Gründen der Anschluß der italienischen Politik an die Weltbewegungen der Friedensmächte in tiefer Seele verhaßt erscheint. Diese Leute, die sich in der pentastischen Opposition bemüht zeigten, dem alten Depretis das Leben möglichst schwer zu machen, strengen jetzt auf der Lauer, um maßgebenden Einfluß auf die Geschäfte des Landes zu gewinnen. Hiernach haben wir gewiß Recht, von dem momentanen Stande der Dinge in Italien als einem wieder befriedigenden zu sprechen.

Der deutsche Votschaffer v. Reudell ist in Rom angekommen.

Mritia. Auf Befehl des Gouverneurs von Mozambique haben die portugiesischen Kriegsschiffe „Alfonso de Albuquerque“ und „Douro“ das Dampfgeschiff des Sultans von Sanjibar „Kilwa“ mit Beschlag belegt und nach Mozambique gefleppt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Die Verhandlung des Etats des Kultusministeriums wird bei dem Kapitel „Kunstgenerebenium“ fortgesetzt. Auf eine Anfrage des Abg. Geoffardi (nat-lib) erwiderte der Kultusminister v. v. Goltz, daß es finanzieller Natur halber bis jetzt noch nicht möglich gewesen, das Eintrittsgeld für den Besuch des Gewerbenemusik gänzlich in Wegfall zu bringen; der Bezeichnung der Sammlungen an den Sonntag-Nachmittagen aber werde die wünschenswerthe Sonntagsergänzung der Beiraten entgehen.

Im Kap. 124 Tit. 5 werden zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse 3265 612 A gefordert. Von diesem Fonds sind 2 Millionen A dazu bestimmt, das Jahresentkommen der bereits 5 Jahre im Alter befindlichen Geistlichen in evangelischen Bistümern auf 2400 A und in katholischen Bistümern auf 1800 A zu erhöhen. Der etwaige Ueberschuß dieser 2 Millionen A ist zu Zulagen für Geistliche mit einem Einkommen unter 3000 A zu verwenden.

Am 1. Quatt (conf.) wünscht, daß vom nächsten Jahre ab im Interesse der evangelischen Geistlichen die Grenzsumme von 3000 A auf 3600 A erhöht werde.

Der Titel wird bewilligt.

Der Etat wird bewilligt.

Im Extraordinarium führte nur die Position „Besuch Rüge und Weiterentwicklung der Photographie 15000 A“ zu einer kurzen Debatte, in welcher der Kultusminister Dr. v. Goltz erklärte, daß dieses Institut sich zur Zeit noch in der Entwicklung befinde, und daß man zunächst dafür zu sorgen habe, junge Leute für die photographischen Aufnahme heranzubilden und die notwendigen Instrumente zu beschaffen. Hinsichtlich bemerke loban der Minister, daß bereits 39 größere Baumerke zur Aufnahme gelangt seien, rüchete auch an die Mitglieder des Hauses das dringende Ersuchen, diese interessanten Aufnahmen in der Bauakademie in Augensicht zu nehmen.

Das Extraordinarium selbst wurde entsprechend den Kommissionsbeschließen unternommen genehmigt.

Der Gesetzentwurf, betreffend das Verfahren und das Kostenmaß bei der Unterliquidation im Regierungsbezirk Wiesbaden mit Ausnahme des Kreises Wiedenolpe, wurde nach kurzer Debatte nach den Beschließen der Kommission in zweiter Lesung genehmigt und gleichzeitig eine Resolution beschlossen, welche die beantragten Bestimmungen alsbald auch im Kreise Wiedenolpe zur Einführung zu bringen.

Die Gesetzentwürfe über das Verfahren bei Vertreibung von Immobilienverleihen und betreffend das Theilungsvorfahren und den gerichtlichen Verkauf von Immobilien im Geltungsgebiete des Rheinischen Rechts, sowie der Gesetzentwurf, betreffend Ergänzungen des Ausführungsgelehes vom 24. April 1878 zum deutschen Gerichtsverfahrgesetz, wurden der bereits gewählten (14) Kommission zur Vorbereitung überwiesen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die durch ein Auseinanderlegungsbefahren beantragten gemeinschaftlichen Angelegenheiten, wurde der bereits zur zweiten Lesung gestellt.

Am 1. Sitzung 11. Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1. Uhr. (Erste Verhandlung des Gesetzentwurfs, betreffend die Theilung von Kreiten in Hofen-Bezirk, sowie des Kreisordnungsentwurfs zc. für die Rheinprovinz.)

Die Wahlen im Reiche.

Telegramme über die Reichstagswahlen.

Ausburg. (Berichtigung.) Viehl (Centr.) gegen Wrad (natl.) gewählt. Baden-Baden. v. Mantel (natl.) gewählt. Odenwälder-Landenburg. Wahl Jochenius (Dähne) sicher. Wittingen. Eter (natl.) gewählt. Zander-Ostum. Franke (natl.) gewählt. Freiburg. Schuster (natl.) gewählt.

